

Bürgerrecht auf öffentlichen Raum

Weitere Proteste gegen die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes

BREMEN. „Genug Scheiße gebaut“ – mit diesem Slogan protestierte gestern erneut eine Initiative gegen das Vorhaben, den Bahnhofsvorplatz zu bebauen. Dort sollen zwei Hochhäuser entstehen, in dem sich ein Hotel und mehrere Einzelhandelsunternehmen ansiedeln wollen. Der Senat hatte das 5500 Quadratmeter große Grundstück vor einem Jahr an einen privaten Investor verkauft.

Mitglieder der Initiative „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ plädierten für das „Recht der Bürger auf öffentliche Plätze“. Nach Ansicht der Aktivisten seien die Bürger nicht frühzeitig genug über das Vorhaben informiert worden. „Das ist ein Demokratie-Misstand“, sagte Marc Weisser, Sprecher der Initiative. Es sei keinerlei Mitgestaltung erfolgt, kritisierte er. Wahrscheinlich sei das auch nicht gewollt gewesen, heißt es in einem Flugblatt von Avanti. Unter dem Diktat der Bremer Schuldenbremse sei eine offene Diskussion über die Bedürfnisse der Nutzer des Platzes gar nicht möglich.

Brigitte Köhnlein, Sprecherin des Bauressort betont da-



Bei der gestrigen Kundgebung forderte die Initiative Avanti unter anderem das Ende der Privatisierung von öffentlichen Plätzen. Foto: Lucker

gegen: „Für Proteste ist es zu spät. Die Baugenehmigung ist erteilt, es gab ausführliche Debatten um die Art Bebauung, die unwiderruflich erfolgt“.

Die Initiative geht derweil noch einen Schritt weiter: Eine Rednerin forderte auf der gestrigen Kundgebung von der Politik ein Ende der Privatisierung von öffentlichen Räumen. „Diese Verdrängung all derjenigen, die nicht in das Bild einer investorenfreundlichen Umgebung passen“, müsse aufhören. Die Folge wäre der weitere Anstieg der Mietpreise in der Innenstadt.

Investitionen in bezahlbaren Wohnraum würden sich nicht mehr lohnen und blieben deshalb aus – so der Vorwurf der Aktivisten in Richtung der Bremer Verwaltung.

Die Demonstranten planen weitere Aktionen gegen die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes. Als erstes fordern sie jetzt aber den Abbau des bereits stehenden Bauzauns. Ein Mitglied der Initiative will erfahren haben, dass der Baubeginn noch lange nicht in Sicht sei. „Bis dahin könnten die Bürger weiter den Bereich nutzen“, so der Aktivist. (IL)